

# BUNDESGESETZBLATT

## FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

---

**Jahrgang 2020**

**Ausgegeben am 8. April 2020**

**Teil II**

---

**140. Nähere Regelung der Durchführung von gesellschaftsrechtlichen Versammlungen  
Verordnung: ohne physische Anwesenheit der Teilnehmer und von Beschlussfassungen auf andere Weise**

---

**140. Verordnung der Bundesministerin für Justiz zur näheren Regelung der Durchführung von gesellschaftsrechtlichen Versammlungen ohne physische Anwesenheit der Teilnehmer und von Beschlussfassungen auf andere Weise**

**(Gesellschaftsrechtliche COVID-19-Verordnung – COVID-19-GesV)**

Gemäß § 1 Abs. 2 des Bundesgesetzes betreffend besondere Maßnahmen im Gesellschaftsrecht aufgrund von COVID-19 (Gesellschaftsrechtliches COVID-19-Gesetz – COVID-19-GesG), BGBl. I Nr. 16/2020 in der Fassung BGBl. I Nr. 24/2020, wird verordnet:

**Allgemeine Bestimmungen**

§ 1. (1) Eine Versammlung, bei der alle oder einzelne Teilnehmer nicht physisch anwesend sind, wird in dieser Verordnung als „virtuelle Versammlung“ bezeichnet.

(2) Unter dem Begriff „Gesellschaft“ sind in dieser Verordnung alle in § 1 Abs. 1 COVID-19-GesG aufgezählten Rechtsformen zu verstehen.

(3) Soweit in dieser Verordnung nichts Anderes bestimmt wird, sind für die Einberufung und die Durchführung einer virtuellen Versammlung dieselben gesetzlichen oder gesellschaftsvertraglichen Regelungen einzuhalten wie für eine sonstige Versammlung dieser Art.

(4) Durch diese Verordnung werden gesetzliche oder gesellschaftsvertragliche Regelungen, nach denen die Durchführung einer Versammlung ohne physische Anwesenheit der Teilnehmer oder eine sonstige Art der Beschlussfassung bereits zulässig ist, nicht berührt.

**Zulässigkeit virtueller Versammlungen**

§ 2. (1) Die Durchführung einer virtuellen Versammlung ist zulässig, wenn eine Teilnahmemöglichkeit an der Versammlung von jedem Ort aus mittels einer akustischen und optischen Zweiweg-Verbindung in Echtzeit besteht. Dabei muss es jedem Teilnehmer möglich sein, sich zu Wort zu melden und an Abstimmungen teilzunehmen.

(2) Falls einzelne, höchstens jedoch die Hälfte der Teilnehmer nicht über die technischen Mittel für eine akustische und optische Verbindung mit der virtuellen Versammlung verfügen oder diese Mittel nicht verwenden können oder wollen, so ist es auch ausreichend, wenn die betreffenden Teilnehmer nur akustisch mit der Versammlung verbunden sind.

(3) Die Entscheidung, ob eine virtuelle Versammlung durchgeführt werden soll und welche Verbindungstechnologie dabei zum Einsatz kommt, ist von jenem Organ oder Organmitglied zu treffen, das die betreffende Versammlung einberuft. Dabei sind sowohl die Interessen der Gesellschaft als auch die Interessen der Teilnehmer angemessen zu berücksichtigen.

(4) In der Einberufung der virtuellen Versammlung ist anzugeben, welche organisatorischen und technischen Voraussetzungen für die Teilnahme an der virtuellen Versammlung bestehen.

(5) Wenn bei einer virtuellen Versammlung Anlass zu Zweifeln an der Identität eines Teilnehmers besteht, so hat die Gesellschaft seine Identität auf geeignete Weise zu überprüfen.

(6) Die Gesellschaft ist für den Einsatz von technischen Kommunikationsmitteln nur insoweit verantwortlich, als diese ihrer Sphäre zuzurechnen sind.

#### **Sonderbestimmung für die Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft**

§ 3. (1) Für die virtuelle Durchführung der Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft ist es auch ausreichend, wenn eine Teilnahmemöglichkeit an der Versammlung von jedem Ort aus mittels einer akustischen und optischen Verbindung in Echtzeit besteht, wobei der einzelne Aktionär dem Verlauf der Versammlung nur folgen kann, aber auf andere Weise in die Lage versetzt wird, während der Versammlung Wortmeldungen abzugeben und an Abstimmungen teilzunehmen. Für die Abgabe von Wortmeldungen (Fragen und Beschlussanträge) können während der Versammlung angemessene zeitliche Beschränkungen festgelegt werden. § 2 Abs. 2 gilt sinngemäß; ergänzend sind die Bestimmungen über die Fernteilnahme (§ 102 Abs. 3 Z 2 AktG) und die Fernabstimmung (§ 102 Abs. 3 Z 3 AktG und § 126 AktG) sinngemäß anzuwenden.

(2) Zusätzlich zur virtuellen Durchführung der Hauptversammlung kann auch eine Übertragung der Hauptversammlung (§ 102 Abs. 4 AktG) und/oder eine Abstimmung per Brief (§ 127 AktG) erfolgen, auch wenn dies nicht in der Satzung vorgesehen ist.

(3) Wenn die Informationen gemäß § 2 Abs. 4 in der Einberufung der Hauptversammlung der Gesellschaft noch nicht enthalten sind, so ist es ausreichend, wenn diese Informationen ab dem 21. Tag vor der Hauptversammlung gemäß § 108 Abs. 3 bis 5 AktG bereitgestellt werden und dies in der Einberufung angekündigt wird.

(4) Wenn die Hauptversammlung einer börsennotierten Gesellschaft, einer Gesellschaft im Sinn des § 10 Abs. 1 Z 2 AktG oder einer Gesellschaft mit mehr als 50 Aktionären übertragen wird (§ 102 Abs. 4 AktG), so kann abweichend von Abs. 1 vorgesehen werden, dass die Stellung eines Beschlussantrags, die Stimmabgabe und die Erhebung eines Widerspruchs in der virtuellen Hauptversammlung nur durch einen besonderen Stimmrechtsvertreter erfolgen kann. Als besondere Stimmrechtsvertreter hat die Gesellschaft zumindest vier geeignete und von ihr unabhängige Personen vorzuschlagen, von denen zumindest zwei Rechtsanwälte oder Notare sein müssen. Die Kosten der besonderen Stimmrechtsvertreter trägt die Gesellschaft.

(5) Die Abs. 1 bis 4 gelten für Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit mit der Maßgabe, dass, soweit von der Hauptversammlung und von Aktionären die Rede ist, an ihre Stelle die Versammlung des obersten Organs und die Mitglieder treten.

#### **Sonderbestimmung für die Generalversammlung einer Genossenschaft oder eines Vereins**

§ 4. (1) Für die virtuelle Durchführung der Generalversammlung einer Genossenschaft oder eines Vereins ist es auch ausreichend, wenn eine Teilnahmemöglichkeit an der Versammlung von jedem Ort aus mittels einer akustischen und optischen Verbindung in Echtzeit besteht, wobei das einzelne Mitglied dem Verlauf der Versammlung nur folgen kann, aber auf andere Weise in die Lage versetzt wird, während der Versammlung Wortmeldungen abzugeben und an Abstimmungen teilzunehmen. Für die Abgabe von Wortmeldungen (Fragen und Beschlussanträge) können während der Versammlung angemessene zeitliche Beschränkungen festgelegt werden. § 2 Abs. 2 gilt sinngemäß.

(2) Falls auch eine virtuelle Durchführung der Generalversammlung nicht möglich oder zweckmäßig ist, kann der Vorstand – falls ein Aufsichtsrat vorhanden ist, mit dessen Zustimmung – für Angelegenheiten, die einer Beschlussfassung durch die Generalversammlung bedürfen, die Durchführung einer schriftlichen Abstimmung der Mitglieder anordnen, auch wenn dies in der Satzung nicht vorgesehen ist.

(3) Für die Ankündigung der schriftlichen Abstimmung gelten die Vorschriften über die Einladung zur Generalversammlung sinngemäß. Zusätzlich sind konkrete Beschlussanträge bekannt zu machen und es ist den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, dazu bis zu 72 Stunden vor der Abstimmung schriftlich Stellung zu nehmen und schriftlich Fragen zu stellen. Die Fragen sind unverzüglich zu beantworten und zusammen mit den Antworten in gleicher Weise bekannt zu machen wie die schriftliche Abstimmung. Stellungnahmen der Mitglieder sind ebenso unverzüglich bekannt zu machen, wobei es dem Vorstand der Genossenschaft oder des Vereins freisteht, eine solche Stellungnahme seinerseits zu kommentieren.

(4) Für die eigentliche Abstimmung ist den Mitgliedern zusammen mit der Ankündigung ein Stimmzettel zur Verfügung zu stellen, den sie ausgefüllt mit ihrem Namen und dem Abstimmungswunsch

spätestens am Tag der Abstimmung zur Post geben oder im Briefkasten der Genossenschaft oder des Vereins abgeben können, um wirksam von ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen.

(5) Die Genossenschaft oder der Verein kann auch vorsehen, dass die schriftlichen Stellungnahmen und Fragen (Abs. 3) sowie die schriftliche Stimmabgabe (Abs. 4) auch in elektronischer Form erfolgen können, sofern dabei die Identität der Mitglieder zweifelsfrei festgestellt werden kann.

(6) Die vorstehenden Regelungen gelten auch für Delegiertenversammlungen sowie für andere Versammlungen einer Genossenschaft oder eines Vereins, an denen mehr als 30 Personen teilnahmeberechtigt sind.

(7) Die Abs. 1 bis 6 gelten für kleine Versicherungsvereine mit der Maßgabe, dass soweit von der Generalversammlung die Rede ist, an ihre Stelle die Versammlung des obersten Organs tritt.

#### **Inkrafttreten**

§ 5. (1) Diese Verordnung tritt mit 22. März 2020 in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2020 außer Kraft.

(2) Hat eine Aktiengesellschaft die Einberufung ihrer Hauptversammlung bereits vor der Kundmachung dieser Verordnung im Bundesgesetzblatt veröffentlicht, so reicht es abweichend von § 3 Abs. 3 auch aus, wenn die in § 2 Abs. 4 genannten Informationen ab dem 14. Tag vor der Hauptversammlung gemäß § 108 Abs. 3 bis 5 AktG bereitgestellt werden. Falls diese Informationen nicht auf der Internetseite der Gesellschaft zugänglich gemacht werden, sind sie den Aktionären auch ohne entsprechendes Verlangen unverzüglich zu übersenden.

**Zadić**

# FEDERAL LAW

## FOR THE REPUBLIC OF AUSTRIA

---

**Born in 2020****Issued April 8, 2020****Part II**

---

**140th More detailed regulation of the conduct of corporate law meetings without the regulation: physical presence of the participants and of resolutions in another way**

---

### **140. Ordinance of the Federal Minister of Justice for more detailed regulation of the conduct of corporate law meetings without the physical presence of the participants and of resolutions in another way**

**(Company law COVID-19 regulation - COVID-19-GesV)**

According to Section 1 Paragraph 2 of the Federal Act on Special Measures in Company Law Based on COVID-19 (COVID-19 Law - COVID-19-GesG), Federal Law Gazette I No. 16/2020 in the version of Federal Law Gazette I No. 24 / 2020, is prescribed:

#### **General provisions**

§ 1. (1) A meeting at which all or some of the participants are not physically present is referred to in this regulation as a “virtual meeting”.

(2) The term “society” in this regulation is to be understood to mean all legal forms listed in § 1 (1) COVID-19-GesG.

(3) Unless otherwise stipulated in this regulation, the same legal or social contract regulations must be observed for the convening and holding of a virtual meeting as for another meeting of this kind.

(4) This Ordinance does not affect statutory or social contract regulations, according to which the holding of a meeting without the physical presence of the participants or another type of resolution is already permitted.

#### **Admissibility of virtual meetings**

§ 2.(1) Conducting a virtual meeting is permitted if there is an opportunity to attend the meeting from any location using an acoustic and optical two-way connection in real time. Each participant must be able to speak and participate in voting.

(2) If individual, but at most half of the participants do not have the technical means for an acoustic and optical connection with the virtual assembly or if they cannot or do not want to use these means, it is also sufficient if the participants concerned are only acoustically involved associated with the assembly.

(3) The decision as to whether a virtual meeting should be carried out and which connection technology is to be used is to be made by the body or organ member that convenes the relevant meeting. Both the interests of society and the interests of the participants must be taken into account appropriately.

(4) The convening of the virtual meeting must state which organizational and technical requirements exist for participation in the virtual meeting.

(5) If there is reason to doubt the identity of a participant at a virtual meeting, the company must verify its identity in an appropriate manner.

(6) The company is only responsible for the use of technical means of communication insofar as they are attributable to their sphere.

#### **Special provision for the general meeting of a stock corporation**

§ 3.(1) For the virtual holding of the general meeting of a stock corporation, it is also sufficient if there is an opportunity to attend the meeting from any location by means of an acoustic and optical

connection in real time, whereby the individual shareholder can only follow the course of the meeting, but on otherwise enabled to speak and take part in the meeting. Adequate time limits may be set during the meeting for the submission of requests to speak (questions and motions for resolutions). Section 2 (2) applies mutatis mutandis; In addition, the provisions on remote participation (section 102 (3) 2 AktG) and remote voting (section 102 (3) 3 AktG and section 126 AktG) apply mutatis mutandis.

(2) In addition to the virtual implementation of the Annual General Meeting, the Annual General Meeting may also be broadcast (Section 102 (4) AktG) and / or a letter sent (Section 127 AktG), even if this is not stipulated in the Articles of Association.

(3) If the information pursuant to Section 2 (4) is not yet included in the invitation to the general meeting of the company, it is sufficient if this information is made available from the 21st day before the general meeting pursuant to Section 108 (3) to (5) AktG and this will be announced in the invitation.

(4) If the general meeting of a listed company, a company within the meaning of Section 10 (1) 2 AktG or a company with more than 50 shareholders is transferred (Section 102 (4) AktG), it can be provided differently from Section 1 that a motion for a resolution, the voting and the raising of an objection in the virtual general meeting can only be done by a special proxy. As a special proxy, the company must propose at least four suitable and independent persons, at least two of whom must be lawyers or notaries. The company bears the costs of the special proxies.

(5) Paragraphs 1 to 4 apply to mutual insurance associations with the proviso that, insofar as the Annual General Meeting and shareholders are mentioned, the assembly of the highest body and the members take their place.

#### **Special provision for the general assembly of a cooperative or association**

§ 4.(1) For the virtual implementation of the general assembly of a cooperative or association, it is also sufficient if there is an opportunity to participate in the assembly from any location using an acoustic and optical connection in real time, whereby the individual member can only follow the course of the assembly, but is otherwise enabled to speak and participate in votes during the meeting. Adequate time limits may be set during the meeting for the submission of requests to speak (questions and motions for resolutions). Section 2 (2) applies accordingly.

(2) If a virtual implementation of the General Assembly is also not possible or expedient, the Executive Board - if a Supervisory Board is available with its approval - can arrange for a written vote of the members to be carried out for matters that require resolution by the General Assembly, even if this is not provided for in the statutes.

(3) For the announcement of the written vote, the regulations on the invitation to the General Assembly apply mutatis mutandis. In addition, specific proposals for resolutions must be made known and the members must be given the opportunity to comment in writing up to 72 hours before the vote and to ask questions in writing. The questions must be answered immediately and announced together with the answers in the same way as the written vote. Statements by the members are also to be published immediately, whereby the board of the cooperative or the association is free to comment on such a statement.

(4) For the actual vote, the members must be provided with a voting slip together with the announcement, which they can fill in with their name and the voting request by post no later than the day of the vote or in the mailbox of the cooperative or association make effective use of their voting rights.

(5) The cooperative or the association can also provide that the written comments and questions (para. 3) as well as the written vote (para. 4) can also take place electronically, provided that the identity of the members can be established beyond doubt.

(6) The above regulations also apply to meetings of delegates and other meetings of a cooperative or association in which more than 30 people are entitled to participate.

(7) Paragraphs 1 to 6 apply to small insurance associations with the proviso that as far as the General Assembly is concerned, the assembly of the highest body takes its place.

#### **Come into effect**

§ 5. (1) This Ordinance shall enter into force on March 22, 2020 and will expire on December 31, 2020.

(2) If a stock corporation has already published the convening of its general meeting in the Federal Law Gazette prior to the announcement of this regulation, it is sufficient, in deviation from section 3 (3), if the information specified in section 2 (4) starts on the 14th day before the Annual General Meeting in accordance with Section 108 paras. 3 to 5 AktG. If this information is not made available on the company's website, it must be sent to the shareholders immediately without request.

**Zadic**